



+++ Einladung +++

Politisches Frühstück am Sonntag

Ich lade Sie – gemeinsam mit Heike Hofmann, MdL – herzlich zum politischen Frühstück ein!

Am 9. Juni 2013, um 11.00 Uhr wollen Heike Hofmann und ich im Georg Herber Haus in der Germannstraße 19 in Messel mit Ihnen und Euch in lockerer Atmosphäre über die Programme zur Bundes- und Landtagswahl diskutieren.

Für Unterhaltung sorgt an diesem Vormittag außerdem die hessische Comedian Woody Fieldmann (bekannt auch vom Spargelfest beim Bauern Lipp).

Damit es genug Brötchen gibt, bitten wir um eine Anmeldung per E-Mail an info@heikehofmann.net oder telefonisch unter 06151 /3929473!

Brief aus Berlin



www.brigitte-zypries.de



direkt gewählt - direkt erreichbar

4. Juni 2013

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

seit gut einer Woche bin ich Mitglied im Kompetenzteam von Peer Steinbrück und für den **Verbraucherschutz** zuständig. Ich habe mich über die Berufung sehr gefreut. Schon als Bundesministerin der Justiz habe ich **viele verbraucherpolitische Themen vorgebracht**: Von der **Patientenverfügung** und den **Patientenrechten** über einen praktikablen **Versorgungsausgleich** bis zu einer ersten Regelung über **Gebührenbegrenzungen in Abmahnverfahren** und mit der **anonymen Telefonwerbung**. Für mich ist gute Verbraucherpolitik ein wesentlicher Bestandteil einer gerechten und solidarischen Gesellschaft. **Der Markt muss den Menschen dienen, nicht umgekehrt**. Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht - ich stoße immer wieder auf unvollständige AGB, zu klein gedruckte Inhaltsangaben oder nicht vorhandene Risikoanalysen bei Finanzanlagen. Auch in der globalen, vernetzten Gesellschaft darf einkaufen und ein Vertragsabschluss keine Wissenschaft werden. Deshalb will ich dafür sorgen, dass der gesunde Menschenverstand immer ausreichend ist, um sich bewusst für einen Kauf oder für einen Vertragsabschluss zu entscheiden. Und ich weiß auch: Da, wo freiwilliges Engagement der Wirtschaft nicht vorhanden oder nicht ausreichend vorhanden ist, muss der Gesetzgeber eingreifen. Das gilt zum Beispiel für den Zinssatz bei Dispokrediten. Während sich die Banken heute zu einem historischen Niedrigzinssatz Geld leihen können, verlangen sie beim Dispokredit noch immer um die zwölf Prozent. Ich meine, dass höchstens acht Prozent über den Basiszinssatz ausreichend sind. Das wären heute 7,87 Prozent.

Sollten Sie Punkte haben, die Ihnen als Verbraucherinnen oder Verbraucher immer wieder ein Ärgernis sind, teilen Sie sie mir gerne mit. Das würde mich freuen und ich verspreche auch, mich zu kümmern.

Für heute grüße ich Sie herzlich aus Berlin

Euse / Ihre Brigitte Zypries



+++ Schutz für Telefonkunden +++

Viele Warteschleifen kostenlos

Wer kennt es nicht? Es tritt unerwartet ein Problem auf, das gelöst werden will und man bedient sich der vom Hersteller oder Dienstleister angegebenen Service-Hotline. Hierbei handelt es sich zumeist um eine kostenpflichtige Rufnummer. Diese Serviceleistung der Unternehmen glänzte zumeist mit langen Warteschleifen und hohen Kosten – sehr zum Ärgernis der Anrufer.

Damit ist jetzt Schluss – zum 1. Juni trat die Änderung des Telekommunikationsgesetzes in Kraft. Diese verbietet die Erhebung von Gebühren während sich der Anrufer in einer Warteschleife befindet gänzlich, bzw. beschränkt deren Dauer auf eine maximale Zeit. Als Verantwortliche für die Verbraucherpolitik im Team Steinbrück begrüße ich diesen Schritt und fordere eine strenge Kontrolle durch die zuständige Bundesnetzagentur.

Verbraucherinnen und Verbraucher stärken – wir brauchen „Marktwächter“!

Gestern war ich auf dem 4. Deutschen Verbrauchertag in Berlin. Dort hat der Verbraucherinitiative Bundesverband seine aktuelle Studie vorgestellt, die zu dem Ergebnis kommt: **Der Markt steckt in einer Vertrauenskrise. Zwei Drittel der Verbraucher vermuten zum Beispiel, dass es im Finanzbereich und bei Lebensmitteln Produkte und Anbieter gibt, die Verbraucher täuschen und schädigen können.**

Dass diese Meinung vorherrscht, nimmt nicht Wunder: Energieanbieterpleiten, Gammelfleischskandale, unbenötigte IGeL bei Arztbesuchen, Datenmissbrauch oder das kräftige Abkassieren bei Dispogebühren – **Skandale zu Lasten der Verbraucherinnen und Verbraucher reißen nicht ab.** Die verschiedenen Märkte sind, bedingt besonders durch technischen Fortschritt und Globalisierung, immer undurchsichtiger geworden. Für uns Konsumenten wird der Alltag immer komplexer und es ist fast unmöglich, alleine die Informationsmassen zu bewältigen – selbst dann, wenn alle Informationen offengelegt werden.

Oft werden gerade neu entstehende Märkte von Betrügern genutzt, um sich auf Kosten der Verbraucherinnen und Verbraucher zu bereichern. In der Politik kommen diese Probleme meist erst dann an, wenn schon die ersten Probleme aufgetreten sind. Das wollen wir ändern. **Unterstützung können Verbraucher schon jetzt von den Verbraucherorganisationen bekommen. Weil das aber nicht ausreicht, will die SPD die Verbraucherzentralen stärken und zu so genannten „Marktwächtern“ ausbauen:** Das sind Menschen bei den Verbraucherschutzorganisationen, die den Markt beobachten, unlautere Praktiken aufspüren, Hinweise erfassen, Missstände an die staatliche Aufsicht weitergeben und zugunsten der Verbraucher auch juristisch gegen unseriöse Anbieter vorgehen. Es soll sie für die Bereiche Finanzen, Energie, Gesundheit, Lebensmittel, und Digitale Welt/Telekommunikation geben.

Der Markt muss den Menschen dienen – nicht umgekehrt. Damit das garantiert ist, brauchen wir ein gut funktionierendes Frühwarnsystem.

Unser Antrag dazu wird am Donnerstagnachmittag im Plenum diskutiert.



Ein Wort zum Brief aus Berlin

Der Brief aus Berlin ist eine Information für die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis. Ich möchte meine Arbeit in Berlin so transparent und bürger-nah wie möglich gestalten. Sie können mir dabei helfen, indem Sie mir Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitteilen und den Brief aus Berlin an Freunde und Bekannte weitergeben. Sie können diesen Newsletter gerne über mein Büro in Berlin abonnieren: Schreiben Sie einfach eine E-Mail mit dem Betreff *Brief aus Berlin* an brigitte.zypries@bundestag.de.

V.i.S.d.P.: Brigitte Zypries, MdB
 Platz der Republik 1
 11011 Berlin

Abbildungen:
 S. 2: Roman Laas
 S. 3: Thomas Pieruschek / aboutpixel.de

Bezahlbares Wohnen in der sozialen Stadt

In den letzten Jahren haben sich die Wohnungsmärkte in vielen deutschen Städten massiv verändert. **Besonders in Groß- und Universitätsstädten sind Wohnungen mittlerweile knapp – und werden immer teurer.** In Darmstadt können wir ein Lied davon singen, denn wir fallen in beide Kategorien.

Haushalte mit niedrigem Einkommen sind besonders stark von den steigenden Mieten betroffen – oft sind das Familien, die zudem noch auf mehr Platz angewiesen sind. Wenn man die Heizkosten einrechnet und auf die Warmmieten schaut, dann gehen heute in vielen Gegenden 40 Prozent des Haushaltseinkommens für Wohnkosten drauf. Und obwohl der Bedarf stetig ansteigt, ist der Bestand an Sozialwohnungen in den letzten Jahren um rund ein Drittel zurückgegangen. Die Einkommensentwicklung bleibt auch weit hinter dem Mietanstieg zurück. So verfestigen sich zwangsläufig soziale Ungleichheiten. Denn **ob in einem Viertel soziale Ausgewogenheit herrscht, ob Wohngebieten lebenswert, lebendig und vielseitig bleiben, entscheidet sich eben ganz grundsätzlich an der Frage nach bezahlbarem Wohnraum.**

Die Bundesregierung hat in den letzten Jahren die Mittel für das Städtebauförderprogramm „Soziale Stadt“ drastisch gekürzt. Wir fordern eine **Begrenzung von Mietsteigerungen bei neu abgeschlossenen Mietverträgen**, das kann man schon in unserem Antrag „Bezahlbare Mieten in Deutschland“ nachlesen, den wir im Februar in den Bundestag eingebracht haben ([hier](#)). Mit den Anträgen dieser Woche fordern wir, die Städtebauförderung verlässlich mit mindestens 700 Millionen Euro zu finanzieren und das erfolgreiche Programm „Soziale Stadt“ weiterzuentwickeln und zu fördern, einen Entschuldungs- und Investitionspakt zu schließen, um die Kommunen mit den großen – auch finanziellen – Herausforderungen nicht allein zu lassen sowie den Wohnungsneubau zu fördern.

Städte sind mehr als bloße Ansammlungen von Häusern. Und Wohnen bedeutet nicht nur, ein Dach über dem Kopf zu haben, sondern schließt auch das Umfeld ein: Zugang zu Bildung, Kultur, Verkehrsinfrastruktur und ärztlicher Versorgung, Kontakte in der Nachbarschaft, die Möglichkeit „dabei zu sein“, soziales Miteinander und vieles mehr. **Zugang dazu muss für alle möglich bleiben.**

Am Donnerstagvormittag werden unsere Anträge „Bezahlbares Wohnen in der sozialen Stadt“ ([pdf hier](#)) und „Programm Soziale Stadt zukunftsfähig weiterentwickeln – Städtebauförderung sichern“ (gemeinsam mit den Grünen, [pdf hier](#)) im Bundestag diskutiert.